

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonn- und Montage nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung stehen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum u. Mittelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 20 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E. 2, Breite Straße 89.

Die schlagzeilige Komposition oder deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Satzungsgebühr. Kleinanzeigen: Das freigelegte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Satzungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,30 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wora-Anzeigen: Das freigelegte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

ARBEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Warum sind die Gemeindevahlen ungültig?

Gründe des Oberverwaltungsgerichts

Die Anfechtung der Gültigkeit der Wahlen der Berliner Stadtverordnetenversammlung, über die das Oberverwaltungsgericht Mitte Juli die schriftliche Urteilsbegründung ergehen lassen wird, ist aus politischen Gründen erfolgt. Den bürgerlichen Parteien hat es niemals gepasst, daß die Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung durch die Wahlen eine Zusammenziehung erfahren hatte, bei der die Vertreter der Interessen der Besitzenden in die Minderheit gedrängt waren. Sie suchten deshalb von Anfang an nach Möglichkeiten, dieses ihnen unliebbare Wahlergebnis zu korrigieren. Eines der Mittel dazu glaubten sie nun in dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung gefunden zu haben, durch den einige Tausend von den Wahlkommissaren für ungültig erklärte Stimmen der Deutschen Volkspartei nachträglich für gültig erklärt wurden. Obwohl durch diesen Beschluß die Volkspartei ein Mandat mehr erhielt, socht sie die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung und damit die Gültigkeit der Wahlen überhaupt an. Allein in diesem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung erblickte sie den ausreichenden Anlaß für die Ungültigkeitserklärung der Wahlen.

Der Bezirksausschuß entschied als erste Instanz, daß die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung unzulässig und infolgedessen die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung überhaupt ungültig seien, während er die Wahlen zu den Bezirksversammlungen für gültig erklärte. Daß dieses Urteil mit seiner merkwürdigen Begründung juristisch höchst anfechtbar war, haben mehr oder weniger deutlich alle Juristen der verschiedenen Parteien zugeben müssen. Die Gründe waren zu sehr an den Haaren herbeigezogen. Die Klage ist nun inzwischen an die oberste Instanz, das Oberverwaltungsgericht, gelangt, das am 14. Juni über sie verhandelte. Dieses Gericht hatte nun für die Ungültigkeitserklärung entweder stichhaltige Gründe anzuführen oder die Wahlen für gültig zu erklären. Aber das Ergebnis der Verhandlung am 14. Juni wußte die bürgerliche Presse sofort zu berichten, daß die Wahlen, und zwar nicht nur die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung, sondern auch die zu den Bezirksversammlungen für ungültig erklärt worden seien. Welches die Gründe dafür seien, darum kümmerte sie sich nicht. Ihr genügte es, die Ungültigkeitserklärung in sicherer Aussicht zu wissen.

Obwohl die Begründung des Urteils, die schriftlich erfolgen soll, bis jetzt noch nicht vorliegt, ist nach allem, was über die Stellung des Oberverwaltungsgerichts an die Öffentlichkeit gedrungen ist, jetzt kein Zweifel mehr, daß das Urteil des Oberverwaltungsgerichts dahin lauten wird, daß alle Wahlen für ungültig erklärt werden. Formell also haben die Gegner der jetzigen Stadtverordnetenversammlung ihr Ziel erreicht; Neuwahlen zu den städtischen Körperschaften werden in der nächsten Zeit stattfinden müssen.

Soweit man bisher aber erfahren hat, wird die schriftliche Begründung des Urteils des Oberverwaltungsgerichts den Klägern und den Gegnern der jetzigen Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung eine bittere Enttäuschung bereiten, weshalb die bürgerliche Presse sich darüber vorläufig in Schweigen hüllt. Denn die Gründe, aus denen das Oberverwaltungsgericht zu seinem Urteil gelangt ist, bedeuten keineswegs eine Blamage der

Wahlkommissare der Stadt Berlin oder eine Desavouierung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, sondern im Gegenteil eine Rechtfertigung des Standpunktes der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, die immer betont hat, daß sie sich bei ihren Entscheidungen nur von rechtlichen Erwägungen habe leiten lassen und nicht wie die Kläger von politischen. Wenn man demnach vom Oberverwaltungsgericht eine rechtmäßige Entscheidung zu erwarten gehabt hätte, so hätte sie auf die Gültigkeit der Wahlen lauten müssen. Trotzdem wird das Oberverwaltungsgericht die Ungültigkeitserklärung der Wahlen ausgesprochen, allerdings nicht aus den Gründen, die die Kläger vorschützten oder den Gründen, die der Bezirksausschuß angegeben hat, sondern nun plötzlich, weil die Wahlordnung, die das preussische Ministerium des Innern seinerzeit erlassen hat und nach der sich die Wahlkommissare und die Stadtverordnetenversammlung richten mußte, ungültig ist!

Es handelt sich somit nicht um eine Blamage der Selbstverwaltungsorgane, sondern um eine solche der Staatsorgane, des preussischen Ministeriums des Innern und seiner alten Geheimräte, die die Wahlordnung gemacht haben und sie falsch machten und wofür jetzt neben den städtischen Körperschaften auch die Bevölkerung büßen muß.

Betrachtet man diese Tatsache vorurteilsfrei, so wird man sich der Erwägung nicht entziehen können, daß hier eine Entscheidung gefällt worden ist nicht aus rechtlichen Erwägungen heraus, sondern aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen. Seit dem Urteil des Bezirksausschusses ist nämlich die Tatsache zu verzeichnen, daß Herr Dominicus, der angebliche Demokrat, an die Spitze des preussischen Ministeriums des Innern getreten ist. Dem hat das Oberverwaltungsgericht prompt Rechnung getragen. Die Richter haben gewußt, was der neue Herr an der Spitze der preussischen Verwaltung erwartete. Wie wäre es sonst denkbar, daß sie die Berliner Stadtverordnetenversammlung entgelten lassen, was die preussische Verwaltung verschuldet hat? Recht hin, Recht her — der anscheinend sehr deutlich vorgetragene Wunsch des Herrn Dominicus ist prompt in Erfüllung gegangen.

Mit Neuwahlen ist also auf jeden Fall zu rechnen. Wann sie stattfinden werden, kann heute noch nicht bestimmt werden. Vor den Wahlen muß nämlich nach dieser Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts erst eine neue Wahlordnung gemacht werden, und erst von ihrer Veröffentlichung ab können natürlich die Wahlen lauten, die für die Neuwahlen Geltung haben. Es ist auch falsch, wenn in der bürgerlichen Presse mitgeteilt wird, daß die Amtsdauer der unbesoldeten Mitglieder des Magistrats und der Bezirksämter mit der Zustellung des Urteils aufhört. Nicht nur die besoldeten Mitglieder des Magistrats und der Bezirksämter bleiben vorläufig weiter im Amt, sondern auch die unbesoldeten. Der Unterschied zwischen beiden liegt nur in der Zeitpanne ihres Weiterfunktionierens. Die besoldeten Mitglieder sind auf 12 Jahre gewählt und bleiben auch 12 Jahre im Amt, die unbesoldeten dagegen nur bis zum Eintritt der von der neuen Stadtverordnetenversammlung bzw. Bezirksversammlung an ihre Stelle gewählten. Das gleiche gilt für die Mitglieder der Verwaltungs-Deputationen. Auch sie bleiben solange im Amt, bis ihre Ersatzmänner gewählt sind.

Reichstagsende

Der Reichstag hat gestern seine Beratungen beendet. Wenn es nach der Zahl der Sitzungen ginge, die er seit den Wahlen im Juni des vergangenen Jahres abgehalten hat, so würde man ihm ein ungleich besseres Zeugnis ausstellen als allen seinen Vorgängern. Auf mehr als 130 Sitzungen hat er es in dem verflochtenen Tagungsabschnitt gebracht. Nicht man jedoch seine Leistungen, insbesondere vom Standpunkt der minderbemittelten Schichten, so muß das Urteil ganz anders lauten.

Gerade die letzten Tage haben neue Beweise geliefert, wie rücksichtslos das Bürgertum seine dank der Gleichgültigkeit weiter Schichten auch im letzten Jahre gewachsene Macht auszunützen versteht, und wie die Besitzenden Kreise gar nicht daran denken, die durch den Krieg und die Wirtschaftskrise aufs höchste gestiegene Not großer Schichten der Bevölkerung zu lindern. Bettelpfennige sind es, die für die Invaliden- und Altersrentner bewilligt wurden. Ungenügend die geringen Beihilfen für Wöchnerinnen, Säuglingspflege und andere soziale und kulturelle Aufgaben, und völlig unzulänglich die geringe Erhöhung der geldlichen Unterstützung für die unerschuldeten Opfer der Wirtschaftskrise — die Erwerbslosen —, die der unermüdbare und zähe Kampf der unabhängigen und der rechtssozialistischen Fraktion schließlich trotz des überaus starken Widerstandes der Regierung und der bürgerlichen Parteien gebracht hat.

Wie anders war deren Haltung bei den Fragen, an denen die Besitzenden aller Arten finanziell interessiert sind. Wie leichtsin sind die Milliarden für die Reeder bewilligt worden, wie bereitwillig die Milliarden für Entschädigungen aller Art, von denen der größte Teil in die Taschen der Besitzenden Kreise wandert. Und wie freigebig gar sind Regierung und bürgerliche Parteien gegenüber den Agrariern gewesen, obwohl jede aus den Mitteln der Allgemeinheit bewilligte Mark nicht nur ihren Profit vergrößert, sondern auch die Notlage der Masse der minderbemittelten Bevölkerung durch Steigen der Preise verschärft. Künftig werden die um das zwei- und dreifache höheren Weltmarktpreise auch für inländisches Getreide bezahlt werden müssen, der Brotpreis somit unaufhörlich steigen, und mit ihm die Preise für alle anderen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Dem wachsenden Profit der Unternehmer steht also die wachsende Not der beschlagnahmten Massen gegenüber.

Die Versuche, dieser Entwicklung Hemmungen zu bereiten, den Reallohn vor dem weiteren Sinken zu bewahren, sind an dem geschlossenen Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind daher nur auf die Wirksamkeit ihrer Organisationen angewiesen. Die bürgerlichen Parteien heucheln nur Wohlwollen für die Notlage der breiten Massen, in Wirklichkeit vertrauen sie darauf, daß Verwaltung, Justiz, Polizei und Militär sich in ihren Händen befinden und sie vor dem Ansturm derer schützen, die von der Not und dem Elend zur Verzweiflung getrieben werden. Milliarden wurden für die Reichswehr bewilligt, Hunderte von Millionen für die Marinewerft, andere Millionen für Polizei und Justiz, der das Bürgertum ja besonderen Dank schuldet.

So schlimm die Klassenjustiz in früheren Jahren und Jahrzehnten auch gewesen sein mag, das Maß der Schande, das die deutsche Justizpflege in den letzten Jahren auf sich geladen hat, stellt alle ihre früheren Taten weit in den Schatten. Klassenjustiz ist heute nicht mehr nur der Ausdruck für die Tatsache, daß die Rechtspflege ausschließlich in den Händen der Besitzenden Kreise liegt, sondern weit mehr für das Empfinden von Millionen von Menschen, daß die heutige Rechtspflege Rache nehmen will für die Revolution und für das erwachende Selbstbewußtsein der Massen, daß sie dem bewußten Haß der „Rechtspfechtenden“ gegen die Arbeiterklasse freien Lauf läßt. Daher das völlige Verschwinden jedes Vertrauens zur jetzigen Justiz, die Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse der Gleichheit vor dem Gesetze entbehrt, die die Berufung ihr gewährleistet.

Unaufhaltsam verschärft sich der Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. In allen entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragen der letzten Wochen standen die bürgerlichen Parteien den Parteien der Arbeiterklasse geschlossen gegenüber. Der Klassen Gegensatz zwischen den Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger und denen der Kapitalisten wird unüberbrückbar. Immer deutlicher tritt hervor, daß die Zusammenarbeit eines Teiles der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie in der Regierung nur möglich ist, wenn die Arbeiterklasse die Opfer dafür bringen will. Gigantische Aufgaben stehen der deutschen Volkswirtschaft bevor. Mehr als hundert Milliarden Mark, die zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt und zur Erfüllung der Reparationsleistungen notwendig sind, können nicht aufgebracht werden durch eine neue Belastung der Bevölkerung. Sie können nur aufgebracht werden von den Leistungsfähigsten, und insbesondere von denen, die infolge ihrer Verfügung über die realen Produktionsmittel ihren Reichtum in dem Maße zu steigern vermochten, wie die Notlage der Massen zunahm.

Oberschlesien

Der Beuthener Zwischenfall

Beuthen, 7. Juli.

Der Kreisratkontrollleur von Beuthen Stadt benachrichtigte gestern nachmittags die Vertreter des Magistrats, der Stadtverordneten und der politischen Parteien, daß der englische General, der jetzt Kommandant der Stadt Beuthen ist, sie zu sprechen wünsche. Die Besprechung fand gegen 4 Uhr nachmittags statt. Der General bedauerte zunächst die Ermordung des französischen Majors und drückte die Ueberzeugung aus, daß diese Tat allgemein von allen, gleichviel welcher Sprache und Nationalität sie seien, verurteilt werde. Er versicherte, er werde alle Mittel anwenden, um in kürzester Zeit Ruhe und Ordnung in und um Beuthen zu schaffen. Dazu erwarte er die Mithilfe des Magistrats und der Führer der politischen Parteien. Wegen Freilassung der Geiseln würden sobald als möglich Verhandlungen aufgenommen werden. Auch sonst werde mit allen Mitteln dafür gesorgt werden, daß in Beuthen und Umgegend Ruhe und Ordnung wiederkehre.

Die Untersuchung des Mordes

Beuthen, 7. Juli.

Die Untersuchung des Mordes an dem Major Montalegre hat ergeben, daß die Kugel von der Sedanstrafe aus Röhberg gekommen ist. Der Mörder soll ein 19jähriger Bursche (früherer Insurgent) sein. Die Mitter wurde verhaftet, weil der Sohn flüchtig ist. Die Geiseln sind bisher nicht freigegeben.

Verhandlungen über den Rattowitzer Bahnhof

Rattowitz, 7. Juli.

Die Verhandlungen des englischen Majors Stephenson als Vertreter der Internationalen Kommission mit der Eisenbahnbeförderung der Insurgenten begannen gestern vormittag. Die polnische Apo und die polnischen Eisenbahner weigerten sich, den Bahnhof zu verlassen und den deutschen Beamten Platz zu machen. Gestern in den späten Abendstunden war es noch fraglich, ob die Insurgenten freiwillig den Bahnhof räumen würden.

Rattowitz, 7. Juli.

Die Uebergabe des Bahnhofs hat sich bis 4 Uhr nachmittags verzögert und erfolgte dann in Gegenwart eines internationalen Kommandos, von Vertretern der deutschen Eisenbahn, sowie der früheren polnischen Eisenbahnbeförderung. Um 5.13 Uhr wird der erste Schnellzug aus Berlin den Bahnhof Rattowitz erreichen. Der gesamte Güter- und Nebenbetrieb ist seit 4 Uhr wieder aufgenommen.

Rattowitz, 7. Juli.

Der Assistentkontrollleur von Rattowitz-Stadt teilte der Leitung des hiesigen Flüchtlingslagers mit, daß es bis morgen mittag 12 Uhr auszulösen sei. Auf Grund von Verhandlungen ist eine Verständigung erzielt worden, daß das Flüchtlingslager erst am Dienstag mittag aufgelöst wird. Der Termin mußte hinausgeschoben werden, da die Leitung des Flüchtlingslagers den Nachweis erbrachte, daß noch täglich vierzig bis hundert Flüchtlinge nach Rattowitz zufließen, weil der Terror in den Landgemeinden fort dauert.

Dazu aber sind die bürgerlichen Parteien nicht bereit. Sie wollen keine Belastung der Besitzenden, die die großen Vermögensunterschiede beseitigen und dem Ausgleich der sozialen Gegensätze dienen würde. Sie halten den Privatbesitz an den Produktionsmitteln und die Zusammenballung der Vermögen in wenigen Händen ebenso für die Voraussetzung der Wirtschaft, wie die Existenz großer Massen von Proletariern, deren Notlage den Zwang zeitigt, sich um jeden Preis dem Kapital zur Verfügung zu halten. Die bürgerlichen Parteien wollen deshalb einen großen Teil der Lasten durch neue Verbrauchssteuern aufbringen, die die Lebenshaltung der Massen weiter herabdrücken, Lebensfreude und Teilnahme an Kulturerrungenschaften für den größten Teil der deutschen Bevölkerung ausschließen würden.

Gegen diese Absichten muß die Arbeiterklasse sich wehren. Sie kann nicht abwartend zusehen, daß sich unaufhörlich der Niedergang ihrer Lebenshaltung vollzieht und mit immer größerer Schnelligkeit dem Ziel nähert, in dem die völlige Verelendung eintreten würde. Sie muß deshalb rechtzeitig ihre Kräfte zusammenfassen, die Millionen von Gleichgültigen zu gewinnen suchen und den Kampf aufnehmen um die Seele derer, die, obwohl in völlig proletarischer Lebenshaltung, noch nicht in den Reihen des Klassenbewußten Proletariats zu finden sind. Sie zu gewinnen, ist jetzt die Aufgabe, die durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien, ihre Kampfstellung gegen die Forderungen der Lohn- und Gehaltsempfänger wesentlich erleichtert ist.

Die Schande von Leipzig

Auch Laube ist freigesprochen. Für diesen besonderen Fall gilt alles das, was wir zum Fall Stenger — Crispien gesagt haben. Die Brüder sind einander wert. Die Leipziger Richter aber, die vor den Augen der Welt jede Handlung der deutschen Willkür im Kriege, und sei sie für den mit normalen ethischen Vorstellungen Behafteten noch so verabscheuenswürdig, für Recht erkennen, finden die Zustimmung der gesamten deutschen Reaktion. Und das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Arbeiterklasse mit ihrer Ablehnung der Leipziger Justizkommission recht hat.

Hochbefriedigt äußert sich die „Deutsche Tageszeitung“. Sie läßt sich einen besonderen Leitartikel von „besonderer Seite“ schreiben, um das Leipziger Gericht und seine Sprüche sowie die von den Richtern freigesprochenen, von allen menschlich Denkenden aber verurteilten Angeklagten zu feiern. Sie hat in der Tat recht, denn jeder Leipziger Freispruch ist ein Sieg der deutschen militaristischen und nationalistischen Reaktion. Jeder Sieg dieser Kreise aber ist eine außenpolitische Niederlage für das gesamte deutsche Volk, wie die brutale Außenpolitik der deutschen Nationalisten überhaupt zum Krieg und zu der Niederlage geführt hat.

Die außerordentliche Befriedigung des Blattes der jungerlichen Schwerverdienten wird vor allem damit begründet, daß die Leipziger Richter als freie deutsche Männer sich „freihalten von jener Rückenmarkserweichung und Freigebigkeit“, wie die „Deutsche Tageszeitung“ jene politischen Strömungen zu bezeichnen mag, die auf die Verzöpfung der Völker und auf die Ausmerzungen der Personen und politischen Ideen hinstreben, die solcher Verzöpfung im Wege stehen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ aber muß zur Lüge greifen, um selbst ihren doch gewiß nicht gegen Leipzig voreingenommenen Lesern ihren Standpunkt plausibel erscheinen zu lassen. Sie verspricht sich von den Leipziger Freisprüchen einen außerordentlichen Ruhm für das Ansehen Deutschlands im Auslande. Das glaubt das Blatt zwar selbst nicht, aber es lügt seinen Lesern folgendes vor:

„Was aber haben wir für Ruhm von solchen Freisprüchen? Den, daß durch das in der ganzen Welt bisher als unparteiisch anerkannte Reichsgericht festgestellt wird, daß an den niederträchtigen Anklagen der Entente gegen unsere Wehrmacht nichts dran ist; daraus kann sich dann alle Welt, vor allem unsere Nachkommen, ein Bild von der widerwärtigen Heuchelei unserer Feinde und ihrer unmännlichen und unmenschlichen Methode machen, den Gegner nicht durch christlichen Kampf, sondern dadurch zu vernichten, daß man ihn sich vor sich selbst erniedrigen läßt und ihm Ehrgefühl und Stolz ausbrennt.“

In Wirklichkeit machen die Urteile im Auslande, wie es sich immer deutlicher zeigt, den entgegengesetzten Eindruck. Sie zeigen dem Auslande nur von neuem, welche große Bedeutung die politische Idee der Kriegsmacher und der reaktionären Schichten in Deutschland noch hat, und das vermag im Auslande nur den Widerwillen gegen Deutschland zu stärken.

Wie schlimm es indes innerlich um die Sache dieser Hüter der nationalen Würde steht, das zeigt nicht nur diese Verdröpfung des Sachverhaltes, sondern auch eine zweite Fälschung, die sich der gleiche Artikel zuschulden kommen läßt. Der Artikelschreiber sagt, solange die in Leipzig zur Aburteilung stehenden Vergehen auf den Kriegsbau zurückzuführen sind, und solange nicht nachgewiesen werden kann, daß ein deutscher Soldat aus eigennütigen Motiven gestohlen, geraubt, geplündert oder getötet habe — solange müssen die Angeklagten nach dem bürgerlichen Strafrecht straffrei bleiben. Und dann behauptet der Mann, ein französischer Rechtsgelehrter habe im „Excelsior“ dasselbe geschrieben. Er zitiert aus dieser Aeußerung folgendes:

Die Angeklagten werden beinahe immer wenigstens einen der drei nachstehenden Gründe geltend machen können:

1. Entweder haben sie aus Befehl ihres Vorgesetzten gehandelt, und man weiß, daß vor einem Strafgerichtshof der Befehl eines im Range Höherstehenden den Untergebenen deckt, besonders wenn es sich um einen bei der Armee im Felde erteilten Befehl handelt.

2. Oder sie werden leugnen, die Absicht gehabt zu haben, eine ungesetzliche Handlung zu begehen; sie werden sogar behaupten, im besten Glauben gemeint zu haben, mit der ihnen zum Vorwurf gemachten Handlung den Interessen ihres Landes zu dienen. Nun weiß aber jeder, daß in den meisten Gesetzbüchern — und insbesondere trifft dies für das deutsche Strafrechtbuch zu — die verbrecherische Absicht erwiesen sein muß, damit ein Verbrechen bestraft werden kann.
3. Oder aber — und das wird beinahe allgemein der Fall sein — die Angeklagten werden sich darauf stützen, daß das Gesetz keine Strafe für die ihnen zur Last gelegten Handlungen vorsehe, und werden den Rechtsgrund dafür sich anführen: „Keine Strafe ohne Gesetz.“

Das internationale Recht zählt eine Reihe von Handlungen auf, die den Kriegführenden unterlag sind; Bombardement von offenen Städten, Hospitälern, Lazaretten; Beschädigung von Privatbesitz; schlechte Behandlung der Zivilbevölkerung. Aber es sieht für einzelne Zivil- oder Militärpersonen, die sich einer dieser Handlungen schuldig gemacht haben, keine Strafe vor, und kann eine solche nicht vorsehen. Diese Personen können durch ein Gericht nur bestraft werden, wenn die Gesetzgebung ihres Landes die fraglichen Verletzungen zuvor mit Strafe bedroht hat. Nun hat aber die deutsche Gesetzgebung — nicht

andere übrigens als die französische — die durch das internationale Recht ausgesprochenen Verbote mit keiner Strafe bedroht. Und nun? Die Deutschen, die der Verletzung der Gesetze des Krieges schuldig sind, und deren Bestrafung von den Alliierten gefordert wird, werden fast alle freigesprochen werden.

Dies ist die notwendige Folge der in der modernen Welt geltenden Rechtsregeln.

Somit der Franzose. Jedermann, dessen Denkfähigkeit nicht von den bei den Reaktionen grassierenden Vorstellungen von nationaler Würde umnebelt ist, wird erkennen, daß diese Darstellung — von der man außerdem noch nicht weiß, in welchem Zusammenhange sie geschrieben wurde — keineswegs eine Rechtfertigung der Leipziger Urteile, sondern eine äußerst scharfe Verurteilung des gesamten politischen und juristischen Systems darstellt, aus dem sich jene Urteile ergeben. Das System ist die Schande, nicht die Urteile an sich. Die Aeußerung des französischen Gelehrten zeichnet sich sogar noch dadurch aus, daß sie ihre Kritik gleichzeitig gegen das französische Recht wendet. Nach dieser Kennzeichnung der geltenden Rechtsauffassung erfolgen diese Freisprüche, weil die Angeklagten im Rahmen eines stichwärtigen Systems recht gehandelt haben. Das heißt, daß diese Freisprüche ebenso viele Verurteilungen eben dieses Systems darstellen. Die Barbarei des Krieges, die in den Leipziger Prozessen mit so erschreckender Deutlichkeit enthüllt wird, steht eben im Einklang mit den Sittlichkeits- und Rechtsbegriffen der Gesellschaft, die im kapitalistischen Klassenstaate herrscht und dem Recht des Klassenstaates den Stempel ihrer Unkultur aufträgt. Die Mehrheit des deutschen Volkes aber, die Arbeiterklasse, lehnt diese perverse und blutrünstige Moral mit samt den entsprechenden Rechtsbegriffen ab und verwirft daher die Richterprüche von Leipzig. Es ist bedauerlich, daß sich nicht das gesamte deutsche Volk freimachen kann von dieser Unmoral, aber es darf auch nicht zugelassen werden, daß die Träger dieses brutalen Rechtsstandpunktes vor der Welt als die Führer des deutschen Volkes gelten. Jeder Freispruch in Leipzig muß ein neuer Ansporn für diejenigen sein, die bestrebt sind, diese Vorstellungen aus dem Bewußtsein des deutschen Volkes auszumergen und die Macht der führenden reaktionären Kreise, die nicht zum geringen Teil auf der immer noch zu weit verbreiteten falschen Nationalismus beruht, in Deutschland zu brechen. Mit der Ablehnung der Leipziger Urteile wahrt die Arbeiterklasse die Würde der Nation in weit höherem Maße, als die trübseligen reaktionären Feldwebelstine mit ihrem Gefasel und ihren Fälschungen.

Gemeinsamer Protest der Alliierten gegen die Leipziger Urteile

EE. Paris, 7. Juli.

Der „Tempo“ meldet: Nachdem sich das Leipziger Gericht zugunsten der von den englischen, belgischen und französischen Regierungen beschuldigten Offiziere ausgesprochen habe, äußert man in Paris, daß die Alliierten die Absicht haben, einen gemeinsamen Schritt bei der deutschen Regierung in dieser Hinsicht zu unternehmen.

Die Orgehschgefahr

Wertvolle Eingeständnisse des Generals Hoefler

Ein Vertreter des „Berliner Tageblattes“ hatte eine Unterredung mit dem General Hoefler, dem Führer des ober-schlesischen Selbstschutzes. Der General versicherte, daß die Räumung Oberschlesiens vollkommen beendet sei. Die Aufsicht des Selbstschutzes, der gegenwärtig in Mittelschlesien liegt, soll nach Ansicht des Generals Hoefler am 8. Juli beendet sein. Die Aus-schreitungen auf dem Breslauer Hauptbahnhof, so erklärte General Hoefler weiter, würden von ihm bedauert; an ein zweites Balkum-Abenteuer glaube er jedoch nicht. Der General bestätigte dann schließlich das, was von unserer Seite immer behauptet wurde: Die aus allen Teilen Deutschlands nach Oberschlesien geströmten Orgehschichten hielten keine Disziplin, es wurde vielfach geraubt und geplündert, so daß der Selbstschutz schließlich zu einer Landplage wurde. General Hoefler lagte darüber wörtlich:

Für ihn als Führer sei es sehr schwer gewesen, dieses eilig zusammengerufene Volksgesetz zu disziplinieren, da unter der Fülle der Zusammengekommenen natürlich auch ungeeignete Elemente gewesen seien. Auch einige Führer hätte er sehr bremsen müssen. Die Halentreusmode habe zeitweise geradezu groteske Formen angenommen. Große Fahnen mit dem Halentreuz seien umhergetragen worden. Er habe diesen Unfug völlig ausgemerzt. Anfangs habe er keine disziplinäre und richterliche Gewalt gehabt. Es müsse jedoch anerkannt werden, daß der gute Geist in der Truppe und die Kameradengerichte die regelwidrigen Requisitionen und Plünderungen sehr rasch verhindert hätten.

Das klingt gerade nicht sehr schmeichelhaft für den Selbstschutz. Und in der Tat: von den für Oberschlesien angeworbenen ausländischen Leuten dachten sicherlich nur die wenigsten selbstlos. Wie beim Balkumabenteuer kam es gar vielen nur auf das „Rubeln“ an; unter der Maste, in Oberschlesien Ruhe und Ordnung zu stiften, wollten diese Banden einen Beutezug für die eigene Tasche machen, und in vielen Fällen ist das ja auch geglückt. Daraus ergibt sich mit Notwendigkeit, daß der Selbstschutz unter allen Umständen und in jeder Form aufgelöst werden muß und in keinem Falle mehr in Oberschlesien eingreifen darf. Eine aus allen Teilen Deutschlands zusammengelaufene Horde ist keine Ordnungstruppe, umso mehr, wenn diese Formationen unter der Führung von Männern wie Aulod, Koh-bach und Ehrhardt stehen. Denn zu der Gefahr des Räuberunwesens gesellt sich dann die zweite, weit größere Gefahr: die monarchistische.

General Hoefler mag die Absicht haben, den Selbstschutz aufzulösen, gelingen wird ihm das nicht, wenn nicht von der Regierung aus mit aller Energie gegen die eigentlichen militärischen Führer, deren Namen bisher von der Regierung wohlweislich verschwiegen wurden, vorgegangen wird. Es steht heute schon fest, daß der Selbstschutz, entgegen den Versicherungen des Generals Hoefler, am 8. Juli noch nicht aufgelöst sein wird. Gemäß strebt ein Teil der Leute wieder westwärts. Der größte Teil aber hat die Absicht, sich in Niederschlesien niederzulassen, um bei passender Gelegenheit aufs neue in Wirksamkeit zu treten, sei es in Schlesien gegen die Polen, sei es in einem Unternehmen gegen die Republik.

Die schlesische Bevölkerung, und zwar nicht nur die sozialistischen Arbeiter, sondern auch die christlichen und Hirsch-Dunderschen, sowie breite Kreise der bürgerlichen Landbevölkerung wünschen dringend von der Plage, die sich in Mittelschlesien niedergelassen hat, befreit zu werden. Die Regierung hat in diesem Sinne zu verfahren, wenn sie sich nicht mißschuldig machen will an den Geschickslosen, die bei einem längeren Verweilen der Orgehschichten in Schlesien todsicher heraufbeschworen werden.

Ausweisung eines russischen Volksbeauftragten. Der Volksbeauftragte Krestinski befand sich in Rissingen und Tegernsee zur Kur, wurde plötzlich verhaftet, nach München gebracht, vernommen und ausgewiesen. Wigdor Kopp hat dagegen protestiert.

Die Warenverteilung der Gewerkschaften

Der Abbau der Reichsgetreidestelle

Im Reichstagsauschuss für Volkswirtschaft standen am Donnerstag eine Reihe von Petitionen zur Beratung. Abg. Bangert-Segemann (Zentr.) berichtete über eine Petition der Vereinigung Lausitzer Tuchhändler. Diese behauptet, daß durch die Hergabe von 25 Millionen Mark Kredite vom Reichsarbeitsministerium an den Deutschen Gewerkschaftsbund zur Beschaffung von Textilwaren und zur Verteilung an die Mitglieder der Gewerkschaften die Sozialisierung des Textil-Einzelhandels eingeleitet ist; sie betont dagegen, daß der beste Warenverteiler nur der selbständige, unabhängige und ehrliche Kaufmann sei. Es mache sich eine große Beunruhigung darüber bemerkbar, daß die Regierung augenblicklich mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Verhandlungen führe um die Hergabe eines weiteren kurzfristigen Kredites und auch darüber, daß die Warenverteilungsstelle der Eisenbahnergewerkschaft in die Warenverteilungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes übergeführt werden solle. Man fürchte deshalb im ganzen deutschen Einzelhandel eine Verewigung der Warenverteilungsstelle mit Unterstützung des Reichs und damit eine Konkurrenz, die mit ungleichen Mitteln arbeite. Demgegenüber verlangte er möglichst schnellen Abbau dieser Notstandsaktion, die dem Reich nur Verluste gebracht habe, oder entsprechende Einrichtungen für den deutschen Textileinzelhandel. — Abg. Hammer (Dn.) fragte nach der kaufmännischen Leitung und der Gliederung der Betriebe und bezeichnete eine solche Erwerbslosenfürsorge als völligen Ruin der deutschen Wirtschaft. — Von einem Regierungsoffizier wurde ausgeführt, daß der Zweck der Aktion war, den erwerbslosen Textilarbeitern Arbeit in ihrem Beruf zu schaffen. Zur Verteilung von Aufträgen erklärten sich die gewerkschaftlichen Verbände bereit, die zu diesem Zweck die Warenverteilungsstelle gründeten. Im Hinblick auf ihren Zweck sei ihr so wie anderen Unternehmern ein Darlehen aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge gewährt worden. Auf die Zinsen von 3% Prozent wird die ersparte Erwerbslosenunterstützung angerechnet. Auch ein nachgewiesener Marktverlust könne in beschränktem Umfange auf ersparte Erwerbslosenunterstützung abgeschrieben werden. — Die Petition wurde der Regierung als Material überwiesen. — Ferner lag eine Petition des Betriebsrats der Reichsgetreidestelle vor, die verlangte, daß den zur Entlassung kommenden Angestellten das Gehalt auf sechs Monate fortbezahlt werde und eine weitere, die sich gegen den sofortigen restlosen Abbau des Aufendienstes der Reichsgetreidestelle wandte. Während die Deutschnationalen den Petitionen keine Berechtigung zuerkennen, forderte Abg. Dr. Herz (U.S.), daß bei der plötzlichen Entlassung von Tausenden von Angestellten soziale Gründe berücksichtigt werden müßten. Die Mehrheit des Ausschusses schloß sich dem an und überwies die Petitionen der Regierung, teils zur Berücksichtigung, teils zur Erwägung.

Es lebe die Ernährung!

Herr Hermes hat einen neuen Plan entdeckt. Brot und Fleisch und Kartoffeln hat er dem Volke so verteuert, daß es sie bald nicht mehr kaufen kann und jetzt bereits ihren Genuß wesentlich einschränken muß. Er will ihnen dafür aber die aus der Kriegszeit her rühmlichst bekannten Ersatznahrungsmittel zugänglich machen. Er hat deshalb dem Ernährungsministerium einen „Beirat zur Förderung ernährungswissenschaftlicher Forschungstätigkeit“ angegliedert und den Mitgliedern dieses Beirats die Aufgabe gestellt, „Mittel und Wege zu finden, um neue Nährstoffquellen den Menschen zu erschließen, die jetzt zur Verfügung stehenden Rohstoffe vorzuziehen als bisher auszunutzen, die Verfahren zur Verarbeitung der Rohstoffe auf Lebensmittel zweckmäßiger zu gestalten und die Lebensmittel so zubereiten zu lassen, daß sie so weit als nur möglich und so zweckmäßig als nur möglich vom Körper ausgenutzt werden.“

Dieser Beirat will nun folgendes tun:

Die Brotfrage soll erörtert werden einmal nach der Richtung der Verbesserung der Herstellung des Brotes zur Erzielung weitestgehender Ausnutzung durch den menschlichen Körper, sowie andererseits durch Hebung des Ertrages an Getreide und anderen Feldfrüchten mittels rationeller Züchtung auf wissenschaftlicher Grundlage (systematische Erbanalyse).

Der Frage der Deckung des Fettbedarfs der Bevölkerung sollen dienen wissenschaftliche Untersuchungen über die Möglichkeit der Verwendung von Fettsäuren, die auf chemischem Wege aus Kohlenwasserstoffen gewonnen werden, sowie Forschungen über die Kultur der Sojabohne und der Erdnuss bzw. ihr Affinisationsvermögen in Deutschland.

Der Frage der Ersparnismöglichkeit bisher unrationell verriebener Rohstoffe sollen sich Untersuchungen zuwenden über die Ausschließung von Stroh, über den chemischen Abbau horn- und holzartiger Stoffe, über die Einwirkung der Darmbakterien der Wiederläufer auf die Zellulose und anderes mehr. Auf ernährungsphysiologischem Gebiete sollen besonders gefördert werden die Studien über die Vitamine, über gewisse Mineralstoffe (Nährsalze), über die Enzymfrage, sowie über die Möglichkeit der Vermeidung von Verlusten an Nährstoffen bei Zubereitung von Lebensmitteln.

Diese Absichten sind, soweit sie nicht die Ernährung der Menschen durch Ersatznahrungsmittel bezwecken, harmlos. Für die Ersatznahrungsmittel aber bedanken sich die Massen entschieden, sie haben lange genug diese Kriegsnahrung genießen müssen. Der ganze Plan aber erweckt doch sehr den Eindruck, als wenn Herr Hermes nur nach einem Vorwand sucht, den durch den Abbau der Zwangswirtschaft völlig überflüssig gewordenen gewaltigen Apparat des Reichsernährungsministeriums und insbesondere seine eigene Stellung durch die Schaffung neuer Einrichtungen zu halten. Für solche Dinge aber sind doch Reichsmittel zu kostbar.

Ein Flugzeuglager der Orgehsch entdeckt

Aus Frankenhäuser in Thüringen wird berichtet, daß in voriger Woche Beamte der Thüringer Landespolizei in einer dem Rentier Hilbert gehörigen Scheune zwei vollständige Flugzeuge gefunden haben. Die Flugzeuge waren mit großen Leinwandplanen zugedeckt. In die Angelegenheit sind verwickelt ein Major Hänel und der Direktor des Technikums. Schon im Vorjahr wurden in Greußen, in einer landwirtschaftlichen Maschinenfabrik, drei Großkampfflugzeuge gefunden, die vollständig gebrauchsfähig waren. Die Flugzeuge stammen höchstwahrscheinlich aus dem Flugzeugpark Gotha, sind von dort verschleppt und in sichere Verstecke gebracht worden. Sicherem Vermehmen nach sollen in dortiger Gegend noch viele Flugzeugverstecke vorhanden sein. Die verdeckten Flugzeuge sollten für Orgehschwecke Verwendung finden.

Reichstag und Erwerbslosenfürsorge

Deutscher Reichstag

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe von Donnerstag, 7. Juli.)

Die Gesetzentwürfe über den Ersatz der durch die Abtretung deutscher Reichsgebiete entstandenen Schäden, über den Ersatz von Kriegsschäden in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten, über den Ersatz von Kriegsschäden im Ausland und der Entwürfe über die Entschädigungsordnung werden zusammen beraten. Der erste Entwurf umschließt die Bestimmungen über den Ersatz des Schadens, der den aus den abgetretenen Gebieten Verdrängten entstanden ist, der zweite die über den Ersatz des Schadens, der Reichsangehörigen durch den Uebergang des deutschen Kolonialgebietes in fremde Verwaltung entstanden ist, der dritte die Bestimmungen über den Ersatz von Kriegsschäden, die Angehörigen des Reichs im Ausland erlitten haben, und endlich der vierte die Bestimmungen über die Art und Weise, wie die Schäden festgelegt werden sollen.

Abg. Niedmüller (S. P. D.) gibt für die Regierungsparteien eine kurze Zustimmungserklärung zu den vier Gesetzentwürfen ab.

Abg. Schwarz (U. S. P.):

Es berührt sonderbar, daß, nachdem gestern und heute über die Finanzen geklagt wurde, von den Deutschnationalen bis zur sozialdemokratischen Fraktion mit einer kurzen Erklärung über die Entwürfe weggegangen wird, die rund 14 Milliarden Mark erfordern. Wir können uns dieser stillschweigenden Vereinbarung nicht anschließen. Wir haben zu prüfen, wer diese Gelder erhält und wer sie bezahlt. Davon ausgehend, werden wir dem Verdrängungsgesetz zustimmen. Hier kommen tatsächlich nur unbemittelte Kreise in Betracht. Die Besitzenden sind entschädigt. Ganz besonders gilt das für

die Schwerindustrie, die ja bereits Milliarden erhalten hat. Auch beim Auslandsschadengesetz haben wir in der Beratung alles unterzucht, was den Unbermitteltesten helfen kann. Aber in diesem Gesetz ist eine Bestimmung, durch die sich im Osten daselbe wiederholen wird, was im Westen geschah. Man verzichte dort, die sogenannten Rußenschieden auszugleichen. Die Wirkung wird sein, daß einige Hundert Millionen erhalten, während die Massen mit Pfennigen abgefunden werden. Der § 20 des Auslandsschadengesetzes ist solcher Art. Ich habe, je nachdem der politische Kurs steht, alles damit angefangen werden kann. Im Westen hat man Entschädigungen gegeben an Firmen, die im Krieg ihren Aktionären das ganze Kapital an Dividenden zurückzahlen. Nach Art. 297 des Friedensvertrages waren wir zu diesen Gesetzen gezwungen. Ob aber die Regierung die Summen in bar abfinden mußte, ist eine andere Frage. Der wirtschaftliche Aufbau wird in den Vordergrund gehoben. Wir sind der Ansicht, daß die Leute mit ihren Millionen weniger auf das Wirtschaftsleben achten, als auf ihren Profit. Genau so soll es nach § 20 des Auslandsschadengesetzes und im Osten geschehen, mit dem Unterschied, daß im Westen die Milliarden der Großindustrie wenigstens als Reparationskonto angerechnet werden, die Milliarden, die für den Osten verlangt werden, aber direkt durch neue Steuern aufgebracht werden müssen, neben den Reparationskosten. Millionen Kurzarbeiter und Arbeitslose sind vorhanden. Hier aber stimmt man Gesetzen zu, die denen, die früher Vermögen in Rußland hatten, Hunderttausende geben, die hier von den hungernden Massen aufgebracht werden müssen. Auch die Internierungsschäden im Kolonialschadengesetz sind eine Ungerechtigkeit. Wenn Sie den Internierten Unterstützung geben, dann müssen Sie konsequenterweise allen Kriegsgefangenen ebenfalls Extrazuschüsse zahlen.

Wir wollen die Not der Auslandsdeutschen lindern. Aber diese Vorlage macht uns die Annahme unmöglich. Sie nützt nur wenigen Hunderten. Ihr Dank für die Auslandsdeutschen tut sich in einer Vorlage nicht kund. Hören Sie auf der rechten Seite auf mit der nationalen Hege, mit Ihrem Säbelraseln, dann ist den Auslandsdeutschen mehr geholfen. Dann können die Wirtschaftsbeziehungen angebahnt werden. Nur die sozialistische Gesellschaftsordnung wird aufräumen mit dem Zustand, in dem Menschen wie Tiere gehetzt werden, weil sie eine andere Sprache reden. Dem Verdrängungsgesetz stimmen wir zu, die ändern beiden Vorlagen lehnen wir ab. (Beifall bei der U. S. P.)

Die Anträge der Fraktion der U. S. P., daß den §§ 24, 16 und 18 der drei Gesetze, die wegen Fahnenflucht usw. keine Unterstützung geben wollen, der Abgang angehängt wird, daß diejenigen, die amnestiert sind, entschädigt werden, werden abgelehnt, im übrigen die Gesetzentwürfe angenommen.

Bei den nunmehr vorgenommenen Abstimmungen werden die Anträge der Unabhängigen zum Wochenschiedengesetz abgelehnt, die Vorlage selbst nach den Ausschussvorschlägen angenommen.

Der Reichstag beginnt nun die Beratung der

Anträge zur Erwerbslosenfürsorge

Abg. Brandes (U. S. P. — Berichterstatter): Trotz der furchtbaren Zerstörungen und Verwüstungen die der Krieg hervorgerufen hat, sind Hunderttausende von Arbeitern arbeitslos. Dazu kommen weitere Hunderttausende, die nicht voll beschäftigt werden. Während des Krieges wurde nicht nur nützliche Arbeit geleistet, sondern es sind Kriegsmaterialien und Wertgegenstände hergestellt worden, die nur der Vernichtung von Menschen und wertvollen Gütern dienen. Die vorhandenen Waren sind ausverkauft, die Lager geräumt. Der Bedarf an Wohnungen ist groß. Vor dem Kriege wurden jährlich 200 000 neue Wohnungen gebaut. Dieser Bedarf ist während des Krieges nicht gedeckt worden. Die Produktionsmittel, Maschinen, Geräte usw. sind heruntergewirtschaftet. Menschliche Arbeitskräfte wurden in Massen vernichtet oder in ihrer Produktionskraft herabgesetzt. Alle diese Umstände müßten zu einem gewaltigen Mangel an Arbeitskräften führen. Statt dessen sehen wir, daß

große Massen von Arbeitern „überflüssig“ sind.

Dieser Mangel ist um so weniger zu verstehen, als Mangel an Rohstoffen und Krediten nicht zu verzeichnen ist, wie im Auslande ausdrücklich festgestellt wurde. Die Arbeitslosigkeit ist herabgesetzt. In zahlreichen Industrien sind große Betriebe stillgelegt worden. Trotz alledem wurden Vorschläge gemacht, den Achtundzestag zu befechtigen, die Löhne abzubauen, als Gegenmittel gegen dieses wirtschaftliche Mißverhältnis. Im Ausland ist der gegen dieses wirtschaftliche Mißverhältnis. Im Ausland ist der Reallohn gestiegen, in Deutschland dagegen dauernd gesunken. Wirtschaftlich günstig stehen nur einige wenige Industrien: Stein- und Kohlenbergbau, Bergwerke und schließlich sind einige Betriebszweige in Textilgewerbe zu verzeichnen. Trotz alledem ist die Wirtschaftslage in den meisten übrigen Industrien, in der Eisenindustrie, im Schiffbau, in der Kautschukindustrie usw. Man hat viel Hoffnungen darauf gesetzt, die städtischen Arbeiter in Massen auf dem Lande in Beschäftigung zu bringen. Aber im allgemeinen ist heute der Bedarf an Arbeitskräften auf dem Lande längst gedeckt. Es werden schon 240 000 ausländische Arbeiter in der deutschen Landwirtschaft beschäftigt. Die Zahl der unterrichteten Arbeitslosen ist zwar seit März von 419 000 auf 410 000 zurückgegangen. Aber das ist auf die starke Anwendung der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu verzeichnen. Es soll nach den Mitteilungen des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums 250 000 Arbeitslose mit etwa 300 000 Angehörigen Arbeit und Verdienst in der produktiven Arbeitslosenfürsorge haben. Ganz besonders bescheiden ist der Antrag der produktiven Arbeitslosenfürsorge im Wohnungsbau. Im Jahre 1921 sollen 100 000 neue Wohnungen im Reich gebaut werden. Das ist nicht einmal so viel als der normale Jahresbedarf, so daß das Manko immer größer werden muß. Allgemein bekannt ist jedoch, daß die Belegung des Wohnungsbauwesens zweifellos die Belegung anderer Industrien nach sich zieht. Der Ausschuss schlägt deshalb vor, auf diesem Gebiete intensiver und planmäßig vorzugehen.

Der Widerstand der Regierung ist gebrochen worden. Sie hatte ursprünglich eine Erhöhung der Unterstützung für Ar-

beitslose abgelehnt. Es liegt nun an Ihnen, die Vorschläge zu verwirklichen. Ich bitte um Ihre einstimmige Zustimmung.

Abg. Pleitner (Komm.): Wir lehnen die Vorschläge ab. Die Entscheidung über das, was den Arbeitslosen werden muß, wird außerhalb des Parlaments fallen. Redner polemisiert des weiteren heftig gegen die U. S. P.

Abg. Dittmann (U. S. P.):

Ich lenke die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Lage der Werftarbeiter. Die Hoffnungen, die man damals zu weiden verlor, durch die den Rednern zugesagten Milliarden würden die Arbeiter beschäftigt finden, weil der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte eine Normendiafel sei, haben sich nicht nur nicht erfüllt, im Gegenteil, 30 000 Werftarbeiter droht die Entlassung. Die Werftkapitalisten haben die Milliarden ganz anders als zur Beschäftigung arbeitsloser Werftarbeiter benutzt. Die Werften haben nur die Hälfte der geforderten Summe bekommen, und nun legen sie, wir müßten die Hälfte der Arbeiter entlassen. Wie kommt eine Rederei, deren Namen ich jetzt nicht nennen will, dazu, allein für den Bau von Auslandschiffen in diesem Jahre 160 Millionen zu verwenden. Die Werftarbeiter haben gefordert, daß dieses Bauprogramm verfürzt wird. Wir müßten von den Rednern verlangen, daß sie aus ihren eigenen Händen Mittel klaffen machen, die Arbeiter vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren.

Die Arbeiter der Schichauwerft,

die ganz miserable Löhne haben, stellen Forderungen. Sie wurden brüsk abgelehnt. Als die Arbeiter dagegen demonstrierten, kam es zu Ausperrungen. Sechs bis sieben Wochen haben die Arbeiter auf der Straße gelegen. Jede Vermittlung aus der Regierung wurde zurückgewiesen. Es wurde sogar abgelehnt, vor einem Schiedsgericht zu verhandeln. Und als schließlich ein Schiedspruch gefällt wurde, erkannte die Schichauwerft ihn nicht an. Die Arbeiter bleiben weiter auf der Straße. Wenn eine solche Werft viele Tausend von Lokomotiven für das Reich in Auftrag hat, haben wir ein Recht, zu fordern, daß die Regierung einmal nach dem Rechten sieht und dafür sorgt, daß den Arbeitern ihr Recht wird. Was hat die Regierung dazu getan?

Kollege Pleitner hat uns zum Vorwurf gemacht, daß wir im Ausschuss verstanden, etwas für die Arbeiter herauszuholen. Ich frage ihn: Sind Sie und Ihre Parteigenossen etwa nur deshalb im Ausschuss, damit nichts bemittelt wird? Wir wissen, so gut wie Sie, daß die Arbeitslosenfrage nicht und fällt mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das weiß jeder Sozialist. Aber das entbehrt uns nicht der Mühe, jetzt alles zu tun, um für die Arbeitslosen herauszuholen, was herauszuholen ist. Mögen Sie Ihr trauriges Spiel fortzusetzen. Aber bedenken Sie,

die Arbeitslosen hungern um so mehr, je länger Sie dieses Spiel fortsetzen.

Sie lahn. Ich weiß allerdings, daß oftmals gefastet wird über die Not der Arbeitslosen, nur um das Parteiplündern gar zu locken. Wir sprechen uns draußen im Lande wieder. Wir trauen den Massen noch soviel Verständnis zu, daß sie, wenn sie mit dem Erreichten auch nicht zufrieden sein können, daß sie das Wenige, das die Vorlage bietet, das nach vieler Mühe erlangt wurde, als Abschlagszahlung einstweilen annehmen. Wir werden immer wieder mit unseren Forderungen an das Haus herantreten. Es kann nicht die Rede davon sein, etwas preiszugeben. Wir sind mit der Erhöhung nicht zufrieden. Unsere Anträge sind abgelehnt. Aber Sie hatten die Möglichkeit, das zu verhindern. Im Ausschuss aber hat sich kein kommunistischer Vertreter sehen lassen. (Hört! Hört!) Und unsere Anträge wurden abgelehnt, weil die Stimme der Kommunisten fehlte. (Lebhafter Hört! Hört!) Es ist lächerlich zu leugnen, daß die Gewerkschaftsvertreter überall, wo es möglich ist, für die Forderungen der Arbeitslosen eintreten. Wenn wir die 8 Millionen Gewerkschaftsarbeiter mobilisieren, so geschieht es gegen ihren natürlichen Feind, aber nicht zum Sturm gegen Gewerkschaftshäuser und als Knüttelgarde gegen ergraute Arbeiterführer. (Lebhafter Beifall b. d. U. S.)

Reichsarbeitsminister Brauner: Die Regierung behauert, daß von der Schichauwerft der Schiedspruch nicht angenommen worden ist. Die Arbeitnehmer haben die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Ehe wir sie beschließen, werden wir nochmals mit den Parteien Fühlung nehmen und versuchen, die Sache auf friedlichem Wege zu erledigen. Sollte das nicht gelingen, so wäre zu prüfen, ob hier nicht ein grundsätzlicher Widerstand des Unternehmers gegen den im Schlichtungsverfahren niedergelegten Einigungsgehalt als vorliegend anzunehmen ist. Einen solchen Widerstand mit allen gesetzlichen Mitteln zu brechen, halte ich für meine Pflicht. (Beifall links.) Dabei wäre besonders zu prüfen, ob nicht schon bei Vergebung von Staatsaufträgen, wie sie auch Schichau in nicht unerheblichem Umfange erhalten hat, entsprechende Sicherung getroffen werden müßte. Die Regierung muß von Unternehmern, die Staatsaufträge erhalten, nachdrücklich verlangen, daß sie die auf gesetzlichen Bestimmungen beruhenden sozialen Einrichtungen keinen Widerstand entgegenstellen.

Abg. Pleitner (Komm.): Die Unabhängigen bilden sich zu Unrecht ein, hier überhaupt positive Arbeit leisten zu können. Diese Illusion ist ein Verhängnis für die Arbeiterklasse. Will Dittmann die Massen auch zum außerparlamentarischen Kampf aufrufen?

Abg. Simon-Franken (U. S. P.):

Die Kommunisten haben sich in den Ausschüssen bis in die allerlechte Sitzung trotz meines dringenden Ersuchens überhaupt nicht sehen lassen. Es hätten wichtige Verbesserungen der Beschlüsse durchgeführt werden können, wenn die Kommunisten nicht gefehlt hätten. (Hört! Hört!) Sie wollen hier im Plenum nur Reden zum Fenster hinaus halten, um Einfluß auf die Massen zu gewinnen.

Abg. Ehardt (Komm.): Wir waren in dem Ausschuss nicht vertreten, weil Dr. Geiger verreist war. (Zuruf: Er war nach Moskau. — Heiterkeit.) Unsere Fraktion ist zu klein, um in den vielen Ausschüssen vertreten zu sein. (Heiterkeit.)

Die Anträge des Ausschusses werden angenommen. Der Gesetzentwurf zur Erhöhung der Diäten der Reichstagsmitglieder wurde ohne Aussprache angenommen. Danach werden die Diäten für die in Berlin wohnenden Abgeordneten auf 2000 Mark, für die übrigen auf 2500 M. erhöht.

Es folgt die Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Beschäftigungsgesetz. Bei der Anwendung soll bei Meinungsverschiedenheiten zwecks Verständigung mit den beteiligten Beamtenorganisationen verhandelt werden.

Das Gesetz über das Branntweinmonopol und das Schulgesetz sowie der Initiativantrag über die Gleichstellung in der Justiz werden abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung findet am 6. September, 3 Uhr nachmittags, statt mit der Tagesordnung: Beratung von Steuergesetzen.

Präsident Eöde hebt in seiner Schlussansprache hervor, daß in der Zwischenzeit die endgültige Entscheidung über Oberstlesien fällt. Er gedenkt der furchtbaren Leiden unserer Landsleute dort unten und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß diese Entscheidung fällt auf Grund des Rechtes, welches die oberstlesische Abstimmung vor aller Welt dargelegt hat. (Lebhafter Beifall.) Schluß 5 Uhr.

Der Reichsrat stimmt in seiner Sitzung am Donnerstag einer Reihe von Vorlagen zu, die der Reichstag beschlossen hatte. Er beschloß ferner eine Erhöhung der Teuerungszuschläge und der Tagelöhner der Schiffe und Geschworenen, die nunmehr dreißig Mark betragen. Ein Antrag Preußens, die Summe auf 40 Mark zu erhöhen, der schon von den Ausschüssen abgelehnt war, wurde im Plenum wieder aufgenommen, aber mit 30 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur Preußen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lübeck, Mecklenburg und Schaumburg-Lippe.

Preussischer Landtag

Donnerstag, den 7. Juli.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die vorläufige Regelung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921.

Finanzminister Dr. Sämilch: Der Rotetel enthält zwei besonders wichtige Posten, einmal die Bereitstellung von Mitteln zur Aufrechterhaltung des Verwaltungsbetriebs, vor allem aber die Bereitstellung von Mitteln für dringende Bauten. Trotz größter Sparsamkeit läßt sich die Schaffung einiger neuer Beamtenstellen nicht umgehen. Die Staatsregierung bittet um schnelle Verabschiedung des Rotetels.

Der Gesetzentwurf wird dem Hauptausschuß überwiesen. Der Gesetzentwurf über die Ermächtigung des Staatsministeriums zur Feststellung über die Beendigung des Kriegszustandes wird in allen drei Lesungen angenommen. Der Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Witten wird dem Gemeindevorstand überwiesen. — Der Gesetzentwurf über die Staatsverträge zwischen Thüringen und Preußen über den Anschluß thüringischer Gebietsteile an den Landgerichtsbezirk Erfurt und den Oberlandesgerichtsbezirk Naumburg geht an den Hauptausschuß.

Es folgt die Beratung des Antrags Dr. v. Krause (D. Vn.) über den Bismarck-Hafenbau, der eine sofortige Inangriffnahme der Bauausführung des geplanten Bismarck-Hafenbauprojektes bezweckt, um den zahlreichen Fischereifahrzeugen die Einfahrt in den Schutthafen zu ermöglichen und neue Anlegeplätze für den Fischereibetrieb zu schaffen. — Der Antrag wird angenommen. — Der Antrag Rudwig (U. S. P.) wegen der sofortigen Instandsetzung der Hainauanlage Friedland in Ostpreußen soll in veränderter Fassung angenommen werden. — Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes zur Veränderung des Kommunal-Abgabengesetzes, sowie des Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes.

Abg. Dr. Rosenborn (Dn.): Die vorliegende Novelle enthält wesentliche Fortschritte. Bei der Einführung der Wohnungsluxussteuer muß vorsichtig verfahren werden.

Abg. Köster-Welkenfels (Komm.): Wir wollen an dem Gesetz mitarbeiten, können aber dem Entwurf in seiner jetzigen Fassung nicht zustimmen.

Abg. Müller-Hamelns (S. P.): Der vorliegende Gesetzentwurf kommt den Wünschen der Gemeinden in keiner Weise entgegen. Auf den ersten Blick sieht man, daß neben einigen kleinen Änderungen alles beim alten geblieben ist. Es finden sich Bestimmungen in dem Gesetzentwurf, die die Gemeinden bei der Erhebung ihrer Steuern noch mehr einschränken. In dem Gesetzentwurf ist sogar die Rede von

Königlichen Schloßern.

Es ist die Regierung Stegerwald wirklich der Ansicht, daß es bei uns in Preußen noch königliche Schloßer gibt? Wenn ja, wer ist und wo ist denn der König? Es erscheint durchaus geboten, die Gewerbesteuer in eine Verbrauchssteuer umzuwandeln.

Ein Regierungsvertreter: Schon früher hat das Haus über dieselbe Frage meiner Erklärung zugestimmt, daß die Angelegenheit in eine Novelle zum Kommunal-Abgabengesetz nicht umfaßt geregelt werden kann. Durch die Einbringung der Novelle sollen zunächst die dringlichsten Aufgaben erledigt werden. Vorlagen über Realsteuern stehen bevor.

Abg. Sprenger (Ztr.): Die Regierung muß sehr vorsichtig bei der Heranziehung der Gemeinden zu neuen Lasten zu Werke gehen. Das Reich hat viel veräumt durch verspätete Veranlagung zu den verschiedenen Steuern. Deshalb haben die Gemeinden seit 1918 keine Steuerveranlagungen in den Händen. Das bedeutet für sie einen erheblichen Steueranfall.

Abg. Leib (U. S. P.): Die vorgelegten Reformen verdienen gar nicht den Namen Reformen, sie sind unzulänglich. Die Parteien der Rechten sind als Steuerdrücker bekannt. Ein Blick auf das wirtschaftliche Steuerprogramm zeigt ja schon, wie ungeheuer umfangreich die Aufgabe ist, vor der wir stehen. Die in der Vorlage enthaltenen Steuermöglichkeiten können wir aber nicht ablehnen. Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Müller-Hamelns (S. P.). Schon früher hätte man auf dem Gebiete des Gemeindesteuerewesens mehr machen können, aber der frühere preussische Finanzminister Südekum hat so gut wie gar nichts geleistet.

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage geht an den verstärkten Gemeindevorstand.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der großen Anträge der Sozialdemokraten über die allgemeine Kündigung von Feuerlings-Pachtverträgen in Westfalen und im Regierungsbezirk Osnabrück.

Abg. v. Hagen (Ztr.): Nur aus agitatorischen Gründen ist diese große Anträge gestellt. Dem Pächter, wie dem Verpächter muß sein Recht werden. Von Schandlöhnen kann keine Rede sein.

Abg. Dr. Kauffold (Dn.): Die ganze Sache ist ein Angriff gegen die Pachtordnung. Diese ist aber von Ihnen (zu den Sozialen) mitgeschaffen worden. Wir haben es wirklich nicht an Taten fehlen lassen. Unsere Forderung, einen friedlichen Einigungsversuch vor Auflösung der Verträge und die Einführung einer Berufsstanz zu erlangen, ist im Reichstag, weil die Sozialdemokraten nicht mitmachen wollten, nicht angenommen worden.

Abg. Jürgensen (U. S. P.): Die Pachtordnung schützt den Verpächter, nicht den Pächter. Es ist Sache der ganzen werktätigen Bevölkerung, den Heuerlingen beizustehen. Die Erweiterung der Pachtordnung wird von uns gefordert. Sie ist dringend notwendig, wenn die Kleinen, wenn die Insten und die Heuerlinge von den Besitzenden auf dem Lande nicht erdrückt werden sollen. All die unhaltbaren Zustände, wie sie bezüglich des Bezirks Osnabrück und bezüglich Westfalens geschildert wurden, gelten auch für Schleswig-Holstein, Mecklenburg. Überall müssen sich die proletarischen Elemente in der Landwirtschaft zu jammernschließen, und im Kampfe gegen die Brüder wird ihnen die Hilfe der Industriearbeiterklasse sicher sein.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Tagesordnung: Kleine Anfragen, Weiterberatung, Reichsschulgesetz, Vorgänge an der Fürstin-Bismarck-Schule in Charlottenburg.

Die Förderung im Ruhrgebiet

Essen, 7. Juli.

Ueber die Förderung im Ruhrgebiet im Monat Juli wird mitgeteilt: Nach den vorläufigen täglichen Aufzeichnungen ist die Förderung im Ruhrbecken (einschl. der Insothelischen Zechen) auf 7,50 Millionen Tonnen in 25 1/2 Arbeitstagen zu veranschlagen. Im Monat Mai belief sich die Förderung auf 6,95 Millionen Tonnen in 25 1/2 Arbeitstagen. Die arbeits-tägliche Förderung wird sich mit rund 297 276 Tonnen voraussichtlich ungefähr auf der gleichen Höhe halten wie im Monat Mai (299 123 Tonnen).

Der Reichsarbeitsminister erkrankt. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns muß auf dringenden Rat seines Arztes einen längeren Urlaub antreten.

Die Leipziger Böhlen-Demonstration. In der Angelegenheit der Demonstration vor dem Reichsgericht in Leipzig nach Verurteilung des Urteils im Prozeß Stenger-Crusius hat die Berliner Regierung die Leipziger Polizeibehörde ersucht, den Tatbestand festzustellen und Vorkorkungen zu treffen, daß derartige Vorkorkungen nach Möglichkeit vermieden werden.

Textilwerbestreit in Frankreich. Wie der „Temps“ aus Lille meldet, befinden sich seit heute morgen von den 4200 Mann starken Arbeiterchaft von 14 Spinnereien 4205 im Ausstand. Die Ursache des Streiks sind Lohnstreitigkeiten.

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz
Frankfurter Allee

SAISON AUSVERKAUF

Schlussverkauf
Freitag und Sonnabend

Aber nur noch heute und morgen

Enorm billig Ein Posten Damen-Halbschuhe u. -Hochschaffstiefel mit kleinen Schönheitsfehlern **138⁰⁰** Enorm billig

Ein Posten Bijouterien darunter Broschen, Kolliers, Rocknadeln usw. 95 Pf. 1⁹⁰ 2⁹⁰ 3⁹⁰	Ein Restposten Damenhandschuhe mit 2 Druckknöpfen 5⁵⁰	Ein Restposten Hemden und Hosen makofarbig, alle Grössen 29⁵⁰	Ein Restposten Damenstrümpfe u. Herrensocken schwarz und farbig, Serie I 7⁵⁰ Serie II 12⁵⁰
Ein Restposten Herrenhemden makofarbig und weiss, mit farbigen Einsätzen, alle Grössen..... 34⁰⁰	Ein Posten Regenschirme für Damen und Herren, halbbare Quoaität, mit Futural .. 49⁷⁵		

Vorgezeichn. Handarbeiten zu sensationell billigen Preisen

3000 Quadrate Stück 15⁰⁰	Graue Kissenplatten Stück 8⁰⁰
1500 Kissencken Stück 25⁰⁰	Garnierte Kaffeewärmer St. 8⁰⁰
Batistschürzen Stück 1⁷⁵	Weissgestickte Kissencken 2 ⁰⁰

Grosse Restposten Herrenartikel

Sporthemden farbig, Panamogewebe, mit Klappmanschetten 49⁰⁰	Herrenhüte Haarfilz, weich, moderne Formen und Farben 49⁰⁰
Herren-Stroh Hüte 22⁰⁰ 34⁰⁰	

Wischfächer gestickt und gebändert Stück 3⁰⁰	Kopfkissen aus Linon, Größe 80x80 Stück 18⁰⁰	Bettlaken Daule, 160x225, ohne Naht Stück 59⁰⁰
Servietten gebleicht, Größe 80x60 Stück 6⁰⁰	Deckbettbezüge Größe 120x200 Stück 69⁰⁰	Taschenlucher für Damen, mit Zierritze 3 ⁷⁵ für Herren mit Ripkante 4⁷⁵

Batist farbig bestickt Meter 9⁷⁵	Zephir in vielen modernen Streifen Meter 9⁷⁵	Seidenfrotté in vielen Farben Meter 19⁵⁰	Kostümfstoffe 130 cm breit Meter 29⁵⁰	Kleidertaffet kariert u. gestr., doppelbr., Mir. 59⁵⁰
---	---	---	--	--

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Sommerspielzeit
7 1/2 Uhr: Der Kaiserjäger
Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Potisch u. Postmutter
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Mantschellen trägt
Großes Schauspielhaus
8 Uhr: Die Weber
(Kaiser Abonnement)

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Milliarden
SOUPER

Rönngräber Str.:
Schauspiel-Bühne
7.30 Uhr: Frau Sultner
Sonnabend: 8 Uhr

Komödienhaus:
Abendstück 7.30 Uhr:
Der blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Feldmann o. G.,
Josefine Dora v. Stransky,
o. G., Ingeborg der Straaten,
J. A. Karsten, Georg Basset,
Kurt Busch, Julius Kogg.

Theater am Rollendorfplatz
7 1/2 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: Max Waldert in
1919 - 18 dafür

Sriation-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lado Windermutes Fährer

Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Cafanoons Sohn

Alfuzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannistr. 4,
Zugang u. d. Friedrichstr. (71a.109) Norden 106 21

Bilge am Wald und Wasser gelegene Barzellen in Heiligensee
bei Tegeln.
Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Auszahlung von M. 500 an. Günstige Abzahlung.
Wasserk. Kesselschiffahrt Heiligensee, Berlin NW 6,
Schiffwerftstr. 24. Tel.: Norden 716 / In Heiligensee
im Verein über der Baumg. Restaurant Rothäppchen,
Heiligensee, Heiligensee. Tel.: d. Tegeln-Heiligensee, Ostend.

Der Mieterschutz

Preis 4 Mark

Beste gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes und der Mieterschutzverbände / Von Dr. Paul Herz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Doehring / Mit Nachtrag

Die Änderungen des Mieterschutzes

Bestellen Sie sofort bei der Buchhandlung Freiheit / Berlin C 2

Großer Preis-Nachlass!

waschbare St. 1.50 R., Gürtel dazu 2.50 R.,
Herbandwaite, 100 g 2 R., Haiereme
Tüte 50 Pf., 1.50. Zahnpasta Tube 1 R.,
Niederhermometer 4.5, 6 R., Kanalin
20, 50 Pf., maffelichte Unterlagen für
Sticht 4 R., für Ortho 12 R., Watterbrotpapier 100 St.
120 St., Klebtpapier Rolle 1.50, Krepp 2.50, alle hygie-
nischen Mittel, Hausmittel. 32. Uhr gr. u. fr. A. Haas
& Co., Berlin, Markgrafenstr. 64 an d. Lindenstr. Weg. 1800.

Wanzen weg, deren Brut

verlängert reiflos nur Sommerlicher Weg's Mucedant!
Erfolg verlässlich. Abtöt. anzug. Dankschreiben s. überall.

Beste Zeit zur Brutvernichtung.

Schädlich in allen Lagern und Speichern und bei Haus-
tieren Wermutlingen u. Wertheim, sonst portofrei von
Hermann H. Groedel, Berlin, Rönngräber Str. 49

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!

Klassenjustiz

Chronologische Gegenüberstellung von Gerichts-
urteilen gegen Revolutionäre und Reaktionsäre

Von Fritz Schneider Preis 1.80 Mk.
Buchhandl. „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 89

Für die Ferien, für die Reise

finden Sie gute, billige Bekleidung der K.V.G.

Als besonders preiswert empfehlen wir:

1 Post. Herren-Anzüge Stellig 130⁰⁰	1 Post. Damen-Kostüme 80⁰⁰
1 Post. Herren-Anzüge gute Verarb. 175⁰⁰	1 Post. Damen-Kostüme 150⁰⁰
1 Post. Herren-Anzüge sehr haltbar 225⁰⁰	1 Post. Damen-Kostüme 250⁰⁰
1 Post. Herren-Paletots 110⁰⁰	1 Post. Damen-Blusen 15⁰⁰
1 Post. Herren-Paletots marango 485-290⁰⁰	1 Post. Damen-Röcke 70 ⁰⁰ 68 ⁰⁰ 65 ⁰⁰ 58⁰⁰
1 Post. Herr.-Unterbekleid. la Ness 20⁰⁰	1 Post. Damen-Hemdchusen 15⁰⁰
1 Post. Herren-Socken 90⁰⁰ 85⁰⁰ 3⁰⁰	1 Post. Dam.-Schlapper gute schw. Ware 16⁰⁰
1 Post. Herren-Hützen 6⁰⁰ 4⁰⁰	1 Post. Damen-Strümpfe 8⁰⁰ 7⁵⁰
1 Post. Kinder-Spielhosen 13⁰⁰ 12⁰⁰	1 Post. Babykleidchen weiss bestickt 10⁰⁰
1 Post. Kinder-Mittelanzüge 12⁰⁰ 11⁰⁰	1 Post. Kinder-Sweater 6⁰⁰
1 Post. Ledersandalen Größe 23-26 25⁰⁰	1 Post. Holzsandalen s. Erz.-Schl. Jed. Paar 90⁰⁰
1 Post. Ledersandalen Größe 31-35 37⁰⁰	1 Post. Damen-Stiefel Gute Ware 90⁰⁰
1 Post. Ledersandalen Größe 36-39 39⁰⁰	1 Post. Herren-Stiefel / sehr Verarb. 125⁰⁰

Verkaufsstelle der Erzeugnisse der städtischen Blindenanstalt

Kleider-Vertrieb G. m. b. H.

Hauptgeschäft: Kommandantenstraße 80-81
2. Verkaufsstelle: Osten, Warschauer Str. 33
3. Lichtenberg, Frankfurter Allee 82

Preuss.-Südd. Klassen-Lotterie

600 000 Lose und 275 000 Gewinne in 3 Klassen von über

172 Millionen Mark

Ziehung 1. Klasse bereits 12. und 13. Juli

Preis der Lose	1/2	1/4	1/8	1/16
für jede Klasse	10 Mk.	5 Mk.	2.50 Mk.	1.25 Mk.
für alle 3 Klassen	50 Mk.	25 Mk.	12.50 Mk.	6.25 Mk.

Friedrich Müller Staatl. Lott.-Einnahmer
BERLIN W 56
Werdener Markt 10
Postcheckkonto 31158

Möbel

Beste
zu herabgesetzten Preisen
gegen bar und Teilzahlung
mit kleiner Anzahlung.

Beiser
Lutheringer Straße 67.

Spezial-Arzt

Dr. Scotti, Rosenthalerstr. 69-70
für alle Geschlechts-, Haut-, Nerven-,
Frenschleiden, Syphilis, Nerven-
krankheiten, Blutsferaschungen,
Damen separat. 10-12 u. 4-7.

Unreines Blut

Zur Ausscheidung aller schar-
fen u. kranken Stoffe aus Blut
u. Hälten gegen Blutvergiftung,
Blutarmut, rotes Gesicht,
Hautunreinigkeiten ist mein
Blutreinigungspulv. Sali-
tarin, seit 30 Jahren wirksam
erprobt. Schachtel 4,-, Uebl.
Sch. 11.80. Otto Reichel
Berlin 46 SO, Eisenbahnstraße 4

Wandertarten

für alle Gegenden
erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit“
Berliner Straße 8-9.

Garderoben

für Herren und Damen wie
Käfige, Gattowagen,
Kofferte, Mäntel usw. mit
Teilzahlung
Grebler, Weinbergstr. 4

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Branchen-Versammlung

der Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Ausperrung.
2. Referat von den von der Behörde erzwungenen Verhandlungen.
Ohne Mitgliedsbuch und Karte kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Letzte Aufforderung

Dienstag u. Mittwoch (12. u. 13. Juli)
Beginn der I. Klasse
der neuen verbesserten

Preuß. Staats-Lotterie

550 Tausend Stammlose
275 Tausend Gewinne
(zu 172 Millionen)
50 Tausend Ersatzlose

Noch zu haben:	1/4	1/4	1/4	1/4
	10 Mk.	20 Mk.	40 Mk.	80 Mk.

Porto und Liste 1.20 Mk.

Haase

Berlin, Oranienburger Strasse 51
Eckhaus Friedrichstrasse.
Mittelperson für die Staatl. Lotterie-Ein-
nahme **Bundermann**.
Telegramm-Adresse: Blitzkurs-Berlin.

Feldgraue Hosen und Blusen

Reiz und preiswert, keine Schluderarbeit

TROPKE :: BERLIN

Kleine Hamburger Straße 17, nahe Gledescher Markt

Sympathiestreif oder Verständigung?

Einheitliche Stellungnahme der sozialistischen Körperschaften

Gestern nachmittag fand im Rathaus die von der Berliner Gewerkschaftskommission einberufene Konferenz der drei sozialistischen Parteien, der Gewerkschaftskommission, der sozialistischen Magistratsmitglieder und Stadtverordneten statt. Alle eingeladenen Körperschaften waren vertreten. Genosse Vollmershaus leitete die Verhandlungen. Er schilderte den Stand der Bewegung der städtischen Gutsarbeiter und wies besonders darauf hin, daß die Abstimmung über den Sympathiestreif eine starke Majorität ergeben habe. Er schilderte die schweren wirtschaftlichen und politischen Folgen eines Streiks aller städtischen Arbeiter; es dürfe deshalb keine Verhandlungsmöglichkeit unbenutzt bleiben.

Die Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission sowie die Vertreter der sozialistischen Parteien ließen keinen Zweifel, daß sie von dem „sozialistischen“ Magistrat erwarten, daß er seinen ablehnenden Standpunkt, insbesondere in der Frage des Mitbestimmungsrechtes, aufgibt, im andern Falle müsse verlangt werden, daß der Magistrat seine Mandate in die Hände seiner Auftraggeber zurücklegt.

Besonders verurteilt wurde das Verhalten der rechtssozialistischen Magistratsmitglieder, die sogar eine Vermittlungsaktion des Arbeitsministeriums abgelehnt hatten.

Nach eingehender Aussprache wurde der im Stadtverordneten-Ausschuß von unabhängiger Seite gestellte Antrag Dr. Wegl und Genossen:

Gewährung einer zehnprozentigen Lohnzulage, Gewährung des Mitbestimmungsrechtes im Umfang des den anderen städtischen Arbeitern gewährten,

vom Rechtssozialisten Franz Krüger wieder aufgenommen. Wie in der „Freiheit“ vom Mittwoch abend mitgeteilt, war dieser Antrag im Stadtverordneten-Ausschuß abgelehnt worden, weil der Führer der Rechtssozialisten, Dr. Borchardt, unmittelfach vor der Abstimmung die Sitzung verließ.

Die von dem Rechtssozialisten Krüger wieder aufgenommene Forderung lautet nunmehr:

Die Versammelten fordern:

1. Der Magistrat soll sofort Verhandlungen mit der Berliner Gewerkschaftskommission als Vertreter der streikenden Gutsarbeiter über eine Beilegung der Differenzen aufnehmen.
2. Der Magistrat soll bei diesen Verhandlungen von seinem ablehnenden Standpunkt einer Gewährung von Zulagen abgesehen und eine Verständigung auf der Grundlage der Mindestanträge im Stadtverordneten-Ausschuß herbeiführen.
3. Die Vertreter der Parteien erwarten, daß durch eine solche Verständigung der Sympathiestreif der städtischen Arbeiter vermieden wird, und verpflichten sich, auf ihre Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat im Sinne der Durchführung dieser Beschlüsse einzuwirken.
4. Maßregelungen der streikenden Gutsarbeiter dürfen nicht stattfinden.

Diese Entschlieung wurde von allen Beteiligten einstimmig angenommen.

Im Anschluß an diese Besprechung überbrachten die Genossen Dr. Wegl und Claus für die U. S. P., Dörr und Ludewig für die R. P. D. und Stadtrat Koblenger für die S. P. D. das Ergebnis der Beratungen dem Oberbürgermeister Böhm. Sie erklärten, daß ihre Fraktionen sich vollständig auf den Boden der oben wiedergegebenen Entschlieung stellen. Auch für die den Fraktionen angehörenden Magistratsmitglieder ist die Entschlieung bindend. Heute mittag findet eine Magistratsitzung statt, die endgültig zu der Sachlage Stellung nehmen wird.

Das „Berliner Tageblatt“ wäre kein demokratisches Organ, wenn es nicht jede Gelegenheit zu einer Sozialistenbegeißelung benützte. So regt es sich gestern abend über die Ausschaltung der bürgerlichen Parteien in den Verhandlungen auf und schreibt:

„Bemerkenswert ist besonders, daß bei dieser Verständigungsaktion die bürgerlichen Parteien wie so oft vorher als nicht vorhanden angesehen werden. Und wenn den Gutsarbeitern schließlich neue Zugeständnisse gemacht werden, dann haben sie das Vergnügen, die erforderlichen Einnahmen zu bewilligen. Selbstverständlich gegen Kommunisten und Unabhängige. In dieser Art sind Rechte und Pflichten in Groß-Berlin sachgemäß verteilt.“

Das ist echt demokratischer Unfug; denn bei jeder Steuer, die es aus den Taschen derjenigen zu bewilligen galt, die etwas drin haben, hat sich die demokratische Stadtverordnetenfraktion gegen jede Erhöhung der städtischen Einnahmen gestellt.

Die Rauener Berge

Südlich der Stadt Fürstenwalde an der Spree erhebt sich ein Höhenrücken, an den der Arbeiter-Wandrer immer wieder erinnert wird, wenn er sich bei Demonstrationen im Lustgarten an der großen Granitblöcke vor dem alten Museum mit Gleichgesinnten versammelt. Sie ist ein Teil jener Findlingssteine, jener großen erratischen Blöcke, die die Gletschermassen der Eiszeit beim Abschmelzen zurückgelassen haben. Diese Granitblöcke sollen das Ziel unserer Wanderung sein.

Ueber Erkner (umsteigen) fahren wir bis Hangelberg und lassen uns über die Spree hinüberziehen. Am anderen Ufer folgen wir der Fahrstraße, die nach Braunsdorf führt, und überschreiten dicht vor dem Orte den Oder-Spreekanal. In Braunsdorf halten wir uns links und wandern die nach Fürstenwalde führende Landstraße in den Forst hinein. Hinter dem zweiten, unsern Weg kreuzenden Geßtel biegen wir nach rechts in einen Waldweg ein, der erst die Spreehagener Landstraße, dann die Chaussee Fürstenwalde-Marktgräfepiste schneidet. Da, wo unser Schnurgerade laufender Weg an einer Geßtelkreuzung einmündet, folgen wir dem nach Rauener führenden Geßtel, und haben bald, an einer Försterei vorüberkommend, diesen Ort erreicht.

Vom Dorfe aus beginnen wir nun den Aufstieg zu den Höhen und den Findlingssteinen. Angebrachte Wegweiser lassen uns unser Ziel nicht verfehlen. Die höchsten Punkte liegen etwa 142 Meter ü. M. und 106 Meter über dem Spiegel des Scharmühssees, der sich in 10 Kilometer Länge am Fuße der Rauener Berge nach Süden erstreckt. Auf dem Gipfel stehen einige steinerne Ruhestänke, auch ein Tisch war vorhanden. Bubenhände haben ihn zerstört.

Nicht weit von diesem Aussichtspunkte liegen nun die beiden großen Granitblöcke, die Markgrafensteinen, Zeugen der gewaltigen Kraft der Eiszeiten, die diese Felsstücke vom hohen Norden bis hierher mitgeschleppt haben. Der größere Stein, der 4,70 Meter über und 1,90 Meter in der Erde liegt, ist nur noch der Rest des ursprünglichen Felsblödes, aus dem die oben erwähnte Schale hergestellt wurde. Der kleinere Stein liegt 3,70 Meter über und 2 Meter in der Erde. Vom Gipfel bieten sich uns schöne Aussichten über die weitere Umgebung.

Von der Höhe der Rauener Berge steigen wir dann nach Osten hinab zum Petersdorfer See, vorüber an den Schächten einiger Braunkohlenwerke. Jenseits des Sees erheben sich die bewaldeten Soldatenberge. Anfangs noch durch Wald, späterhin durch freies Land wandern wir die Chaussee entlang über Reichenhagen nach Fürstenwalde. Beim Gang durch die Stadt, die wir an der Doppelschleife der Spree und durch die Mühlenstraße betreten, verkommen wir nicht, das im Mittelalter errichtete Rathaus zu betrachten. Der freistehende Bau ist mehrfach erneuert worden. Reste der Stadtmauer und der Bullenturm sind ebenfalls sehenswert. Durch den Stadtpark kommen wir dann zum Bahnhof Fürstenwalde.

Beirat für Jugendwohlfahrt. Der bei der Deputation für Jugendwohlfahrt gebildete Beirat der 20 Verwaltungsbezirke trat heute im Stadthaus unter dem Vorsitz der Frau Stadträtin Wegl zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er nahm einen Bericht

über die schnell fortschreitende Dezentralisierung der Jugendwohlfahrtspflege in den Alt-Berliner Verwaltungsbezirken 1-8 entgegen und wählte als seine Vertreter in der Deputation für Jugendwohlfahrt die folgenden Persönlichkeiten: Stadtrat Klobt-Friedrichshain, (für die Verwaltungsbezirke 1-5); Franz Köpcke-Zehlendorf, (für die Verwaltungsbezirke 6-10); Stadtrat Peters-Treptow, (für die Verwaltungsbezirke 11-15) und Bürgermeister John-Lichtenberg, (für die Verwaltungsbezirke 16-20).

Deutschnationale Schulagitation

Das Lehrerkollegium des Zehlendorfer Gymnasiums hat beschlossen, an der Anstalt sogenannte „deutsche Tage“ zu veranstalten, um die Jugend im Sinne des Hakenkreuzes zu beeinflussen. Man vergewaltigt zu diesem nationalen Zwecke selbst einen solchen Freigeist wie Goethe. In der ersten Hauptfeier jag, wie es in einem Bericht über diesen neuesten Rummel heißt, der Geheimrat Dr. Fischer einen scharfen Strich zwischen Internationalismus und deutschem Nationalgefühl.

Wir nehmen an, daß auch Herrn Geheimrat Fischer die Tatsache nicht unbekannt ist, daß gerade die größten deutschen Geister nicht in jenem Sinne national beschränkt, sondern kosmopolitisch, d. h. also international dachten und empfanden. Wir brauchen wohl nur an Schiller und Goethe, vor allem aber an Kant und Schopenhauer zu erinnern. Gerade Kant, der in nationalen Kreisen als der Schöpfer des deutschen Idealismus angesehen wird, interessierte sich außerordentlich für die französische Revolution, und hat schon damals in den Universitätskreisen, die ebenso beschränkt waren wie die heutigen, Anstoß erregt.

Die ganze Art der Veranstaltungen, wie sie aus dem durchaus gestimmungsfeindlichen Bericht einer Korrespondenz hervorgeht, ist nichts weiter als eine deutschnationale Beeinflussung im engsten politischen Sinne. Die gesamte bürgerliche Presse Berlins hat sich neulich über die kommunistische Veranstaltung von Kinderdemonstrationen aufgeregt, und bewanderte die Jugend, die solchermaßen politisch beeinflusst wurde. Nun, die Zehlendorfer Veranstaltung steht durchaus auf derselben Stufe, und wir bedauern die Kinder schon jetzt, denen man, statt ihnen alle Selbstschätze auch der außerdeutschen Länder nahe zu bringen, jeden vernünftigen Ausblick über die deutschen Grenzen mit einem Hakenkreuz verschließt.

Der Raubüberfall in Neu-Lichtenberg

Der Raubüberfall auf den Eisenbahnboten Otto Friedrich und seinen Begleiter, den Eisenbahnbetriebsassistenten Wittmann, im Bahnhof Neu-Lichtenberg hat jetzt restlos aufgeklärt werden können. Wie mitgeteilt, gelang es vorseitens zunächst, den 32 Jahre alten Arbeiter Opiß festzunehmen, als er den Potsdamer Platz passierte. Opiß leugnete jede Beteiligung an dem Raub, ebenso der Chauffeur Startzinger, der am nächsten Morgen gleichfalls unter dem dringenden Verdacht, an dem Raubzug beteiligt gewesen zu sein, eingesperrt wurde. Trotzdem gelang es, die Verhafteten zu überführen und heute in aller Frühe auch die übrigen Beteiligten und den Urheber des Planes hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die beiden Haupttäter, der Anführer der Bande, Opiß und der Chauffeur stehen außerdem in dem dringenden Verdacht, an dem Millionenraub auf dem Postamt in der Lothringers Straße beteiligt gewesen zu sein. Die Ermittlungen nach dieser Richtung sind noch im Gange.

Die Bürgermeisterwahl in Cöpenick. Die Bezirksversammlung des 16. Verwaltungsbezirks in Cöpenick hat in ihrer gestrigen Sitzung mit 19 Stimmen den Stadtrat Goeritz in Charlottenburg zum Bezirksbürgermeister an Stelle des zum Direktor der Berliner Stadtratsbürgermeister gewählten Bürgermeisters Dr. Franz gewählt. Auf den von der bürgerlichen Fraktion vorgeschlagenen früheren Lichtenberger Oberbürgermeister Zietheben fliegen 10 Stimmen, auf den kommunistischen Stadtrat Stoll in Berlin 3 Stimmen. — Stadtrat Goeritz trat während des Krieges in den Charlottenburger Magistrat ein und wurde bei der Bildung des dortigen Bezirksamts nicht gewählt. Er steht der demokratischen Partei nahe.

Bezirksversammlung des Bezirks Lichtenberg. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen stand ein Antrag des Bezirksamts zur Debatte, die Marktschließung gemäß den Berliner Mindesthöhen von 20 Pf. auf 40 Pf. pro Quadratmeter heraufzusetzen und demgemäß auch die Pachtsumme des Generalpächters auf das Doppelte zu erhöhen. Unsererseits wurde beantragt, die Märkte nach Ablauf des Vertrages in eigene Regie zu übernehmen. Die Genossen Heinrich und Zünemann begründeten unseren Antrag und derselbe fand Annahme. Ein Antrag unsererseits, die Pachtsumme auf das 1½fache zu erhöhen, wurde abgelehnt. Die Versammlung schritt nunmehr zur Wahl eines zweiten

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Kußt

(11. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
 „Es war ja sowieso dein Wunsch, hier zu bleiben, und ich freue mich für dich. Ach Peter, wenn ich nur nicht immer über dich klagte hörte! Sei mein guter, mein vernünftiger Burfsche!“ Sie nahm seine beiden Hände in die ihren. Peter meinte schreien zu müssen. Aber er stand und rührte sich nicht, bis die Mutter tief seufzte; da ging er. Und ging mit dem verzweifelten Gefühl, das Vertrauen seiner Mutter verloren zu haben.

Oh, es freute ihn gar nicht, daß er da bleiben durfte, obwohl er eine heillose Angst vor den fremden Menschen und dem fremden Ort gehabt hatte. Er liebte seine Heimat, das alte Haus, seine Wiesen und Wälder — wie konnte man ohne all das leben! Und dann: er konnte seine Mutter nicht verlassen. Gewiß widerfuhr ihr etwas Schlimmes, wenn er nicht da war — gewiß, er konnte ihr noch etwas werden, er konnte alles wieder gut machen. Der Gedanke richtete ihn auf, und so hielt die schwere Stimmung nicht allzulange stand. Es fiel ihm wohl hie und da auf die Seele: die Mutter ist krank, die Mutter sorgt sich, die Mutter glaubt dir nicht! — aber er sagte sich: sie wird wieder gesund, sie soll fröhlich sein, ich darf dabei sein, und ich will einer werden, auf den sie stolz sein kann.

Nach Heinrichs Abreise fand er ein Paket in seiner Schublade, dort wo sie als Kinder immer ihre Geheimnisse aufzubewahren pflegten, ein kleiner Brief lag bei, der also lautete:

„Bitte, gib dieses Paket Gretchen. Du bist zwar sonst ein Knoten, aber in diesem Fall hoffe ich, daß Du Dich anständig benimmst und die Sache übergibst, ohne hineinzuhauen. Wenn Du das nicht tust, gehören Dir alle Knochen im Leibe entzweigefallen. Mehr Zeit habe ich nicht. Dein Dich liebender Bruder Heinrich.“

Was der ihm zutraute! der Schuft! Warum hatte er nicht den Mut, zu sagen: ich schlage dir alle Knochen im Leibe entzwei? Psui!

Gewiß juckte es ihn, hineinzuhauen, was Heinrich Gretchen zu geben hatte; aber ebenso stand doch fest, daß er das Päckchen unangetastet ließ, das Päckchen des liebenden Bruders Heinrich.“

Peter wog das schmale Ding in der Hand, schüttelte es, legte es in die Schublade und holte es wieder heraus. Was konnte Heinrich für Heimlichkeiten mit Gretchen haben? Wozu hatte er ihr Geschenke zu geben? Das ärgerte ihn, und der graue Tag ärgerte und verstimmte ihn erst recht. Er wußte nichts mit sich anzufangen und kam sich wie ins Haus verbannt vor, während draußen der Regen niederging.

Peter zog planlos durchs Haus, bis ihm einfiel, nach Büchern zu fiebern, und zwar nach „legitimen“; wo er sie legitim hätte haben können, waren sie nicht nach seinem Geschmack.

So geriet er in die Dachkammern und Mansarden, in die Speicher und Winkel, und der ganze Streifzug machte ihm jetzt Spaß. Was es da alles gab! Alte Gewehre und Säbel, verrostete Pistolen und Messer, Angela und Reke, große Wasserstiefel, Mäntel und Stöcke, — wenn Heinrich nur auch ein Kerl gewesen wäre wie ein anderer, wie hätten sie früher zusammen spielen und ihre Heimlichkeiten zusammen haben können!

In einer Ecke stand eine bunte Truhe voll Backobst, das prächtig schmeckte, eine ausgediente Nähmaschine, die Puppenstuben der Schwestern, mit denen er noch vor ein paar Jahren hatte spielen müssen, Familienbilder, die umgekehrt gegen die Wand standen — es war eine stumme Welt, die da unter dem Dach für sich lebte.

Auf einem Schranke entdeckte er ein paar Schatullen. Die eine, die ihm besonders gefiel, und die er mit hinunternehmen wollte, fiel voll von Briefen. Er leerte sie um, um seine Blide auf seines Vaters Handschrift zu stellen. Sorglos und im guten Glauben, die Schatulle verschlossen zu haben, hatte er sie wohl da heraufgestellt und glaubte sie gut verwahrt.

Peter stocherte gleichgültig darin herum, bis ihn ein Wort neugierig machte: „Der Weiber“. Sofort begann er zu lesen. Der Brief war an seinen Großvater gerichtet und offenbar nach dessen Tode an die Familie zurückgekommen.

So lautete der Brief:

Lieber Papa!
 Ich sehe mich genötigt, da ich nach all den Winkelzügen doch zu keinem Resultat komme, Dir reinen Wein einzuschenken, vielleicht entschließt Du Dich dann eher zu helfen. Ich nehme an, Deine Weigerung ist nur auf eine etwas zu

oberflächliche Kenntnis der Sachlage zurückzuführen, und Du wirst — vorurteilslos und großdenkend, wie Du sein kannst — auch diesmal helfend einspringen.

Du weißt, daß wir die letzten Jahre schlecht gewirtschaftet haben. Du hast ja Deinen Tadel nicht zurückgehalten; es waren auch miserable Ernten — um es frei zu sagen, ich habe beträchtliche Schulden, die ich nicht weiß, womit ich sie decken soll, darunter solche, die mir direkt auf die Nägel brennen. Ich denke, das verstehst Du und bist mitten in der Situation. Ich könnte ja wohl den Wald angreifen, aber damit griffe ich Dir auch ans Herz, und auch mir ginge es sehr nahe; Grundstücke soll ich auch keine verkaufen, bleibt nur der Weiber mit dem Wasser- und Fischrecht.

Mit dem Weiber hattest Du einmal große Pläne, Industriepläne, nicht? Ich weiß nur nicht mehr genau was; ich habe mich nie ernsthaft mit diesem Projekt beschäftigt, das liegt mir nicht; das siehst Du schon daraus, daß ich nicht einmal mehr weiß, was Du vorschlugst.

Mir wäre es natürlich schmerzlich — warum denn auch nicht? — den schönen Weiber weggeben zu müssen; er gehört nun einmal zum Felsenbrunner Hof, und er soll dabei bleiben. Allerdings würde ihn Thomann — unter uns gesagt, er ist es, der mir das Geld vorgestreckt hat — sehr gerne haben; ich vermute sogar, er hat mir nur unter diesem Spekulationswinkel gepumpt. Doch ich sehe nicht ein, warum Du mir nicht helfen könntest, ihm seinen schönen Traum zu zerstören und den Weiber und die Wasserkraft mir und Deinen Enkeln zu erhalten.

Gewiß, ich weiß, Du hast schon ein paarmal geholfen, doch sollte es diesmal das allerlegitimste sein.

Ich wäre freilich am besten nicht zu fremden Leuten gegangen und hätte besser Dir alles gesagt, aber verzeihe, Du hast in solchen Dingen allzu rigorose Ansichten und wirst Dich schwerlich ganz in meine Lage versetzen können.

Vielleicht ist es Dir in den nächsten Tagen möglich, die kleine Reise zu uns zu machen, wir, besonders aber Angela und die Kinder würden uns sehr freuen; oder zum wenigsten gibst Du mir so bald, als es Dir möglich ist, Nachricht, denn die Situation wird etwas brenzlich sonst. Also auf Wiedersehen!

Mit allen Grüßen
 Dein Albert.
 Da sah Peter und gräbelte. Warum sollte denn der Großvater das Geld nicht hergegeben?
 (Fortsetzung folgt.)

